

Stimmzettel

für die Wahl zum Deutschen Bundestag im Wahlkreis 219 Regensburg
am 22. September 2002

Sie haben 2 Stimmen




hier 1 Stimme
für die Wahl
eines/einer
Wahlkreisabgeordneten
Erststimme



hier 1 Stimme
für die Wahl
einer Landesliste (Partei)
– maßgebende Stimme für die Verteilung der
Sitze insgesamt auf die einzelnen Parteien –
Zweitstimme

Muster

1		
2	Simm, Erika Richterin a. D. Bundestagsabgeordnete Kallmünz, Josef-Miller-Str. 14	SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands 
3		

		1
	SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands Otto Schily, Susanne Kastner, Ludwig Stiegler, Dr. Sigrid Skarpells-Sperk, Walter Kolbow	2
		3

Vor dem Urlaub Briefwahl nicht vergessen!!!!

Zweitstimme ist Kanzlerstimme

Könnte Gerhard Schröder direkt vom Volk zum Kanzler gewählt werden, dann wäre die Wahl längst entschieden. Bei den Umfrageergebnissen landet Edmund Stoiber nämlich immer weit abgeschlagen hinter dem derzeitigen Kanzler. Unser Regierungssystem sieht aber vor, dass **der Bundestag den Kanzler wählt**, und darum müssen alle, die dieser Regierung eine zweite Halbzeit gönnen wollen, **die SPD stärken, damit sie stärkste Fraktion im Bundestag bleibt**. Diese Regierung kann sich mit ihren bisherigen Leistungen sehen lassen, und sie plant noch weitere zum

Wohl der Bürger, während die Opposition nur unfinanzierbare Luftschlösser baut.

Darum eine zweite Halbzeit für Gerhard Schröder und seine Mannschaft!

Die Zweitstimme entscheidet über die Zahl der Abgeordneten, die eine Partei stellt. Darum:

Mit der Zweitstimme
Schröder wählen!

*Christina Mayer,
Kreis- und Gemeinderätin*

Hallo Erstwählerinnen und Erstwähler

Bestimmt

- gehört ihr **nicht** zu den jungen Leuten, die meinen, dass man ja „sowieso nichts machen kann“!
- glaubt ihr aber, dass man etwas machen muss, z. B. ist die Rentenreform nicht nur bedeutsam für „alte Leute“, sondern auch und vor allem für die Jungen, da sie ja bald Einzahler und später selbst Empfänger sein werden
oder ist das Thema Bildung eines, das man nicht nur den „Alten“ (oder noch schlimmer: den Konservativen) überlassen darf!

- seid Ihr deshalb überzeugt davon, dass Rot-Grün die Chance erhalten soll, Reformen fortzuführen!
 - haltet Ihr es deshalb für wichtig, gerade die „Führungskraft“ SPD zu unterstützen!
- Die **JUSOS** (Jungsozialisten in der SPD) bieten für euer Engagement den richtigen Rahmen! Erkundigt euch bei Jakob Wallner, Regenstauf (jakobwallner@gmx.de) oder bei Werner Nichtewitz (Werner.Nichtewitz@t-online.de)!
- Und **nicht** vergessen: Am 22. September ist **Bundestagswahl**.
- Jakob Wallner*



Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

am 22. September wählen Sie mit Ihren beiden Stimmen den neuen Bundestag. Ich kandidiere für Sie im Wahlkreis 234 für die Stadt und den Landkreis Regensburg.

Geboren wurde ich 1940 in Schluckenau (Nordböhmen). Bis zu meiner Wahl als Bundestagsabgeordnete im Jahr 1990 war ich Richterin am Amtsgericht Regensburg. Der Stadt Regensburg war und bin ich eng verbunden – zwischen 1984 und 1991 war ich Stadträtin in Regensburg. Seit 1996 wohne ich in Kallmünz. Bei der diesjährigen Kommunalwahl wurde ich in den Kreistag und den Gemeinderat Kallmünz gewählt.

Neben meiner politischen Arbeit für den Wahlkreis Regensburg und den Verpflichtungen in Berlin setze ich mich auch im sozialen Bereich für unsere Region ein. So bin ich (ehrenamtliche) Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niederbayern/Oberpfalz und Mitglied in zahlreichen Vereinen wie der Freiwilligen Feuerwehr, der Arbeiterwohlfahrt, Pro Familia und dem Tierschutzverein. Mitglied der Gewerkschaft ver.di bin ich seit 35 Jahren.

Ich bitte Sie, mich bei der Bundestagswahl am 22. September mit Ihrer Erststimme zu unterstützen. Mit Ihrer Zweitstimme wählen Sie Gerhard Schröder und die SPD. Helfen Sie mit, dass Deutschland auch in den nächsten vier Jahren modern und sozial regiert werden kann. Stimmen Sie für eine Politik, die Innovation mit sozialer Gerechtigkeit verbindet.

Ihre Erika Simm, MdB

Mein Grund, SPD zu wählen:

Ich wähle Gerhard Schröder, weil die CDU/CSU das bewährte Solidaritätsprinzip im Gesundheitswesen über Bord werfen und eine Zweiklassenmedizin mit Grund- und Wahlleistung einführen will. *S. Nichtewitz*

„Made in Germany“ – weltweit Spitze

Gerhard Schröder hat in seiner Regierungserklärung am 4. Juli 2002 die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland unterstrichen und Wege zu mehr Wachstum und Beschäftigung aufgezeigt.

Und der Kandidat der Union? Stoiber hat kein Konzept. Über Monate redet er den Standort Deutschland schlecht, im Bundestag kneift er.

„Made in Germany“ – weltweit begehrt wie nie zuvor:

- Im Export ist Deutschland Spitze. Obwohl das Welt-handelsvolumen 2001 um 0,2 Prozent zurückging, stiegen die deutschen Exporte um 3,6 Prozent.
- Der deutsche Maschinenbau ist Weltmarktführer.
- Deutschland hat in Europa die geringste Inflationsrate.
- Deutschland ist attraktiv für das Ausland. Die ausländischen Direktinvestitionen haben sich seit 1998 mehr als verzehnfacht.

- Deutschland ist bei den Biotechnologie-Unternehmen Spitze in Europa.

Wir setzen Akzente für mehr Beschäftigung und Wachstum durch:

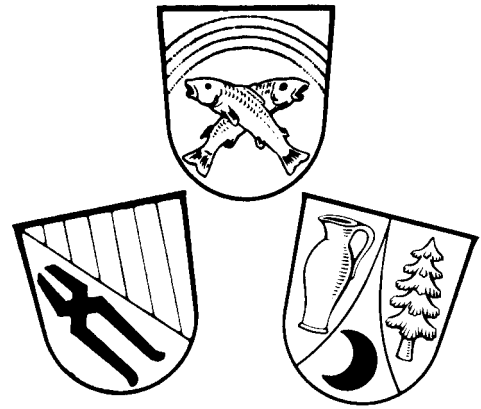
- die nächsten Schritte der Steuerreform zum 1.1.2003 und zum 1.1.2005,
- die schnelle Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission,
- die gezielte Förderung des Mittelstands.

Deutschland – wirtschaftlich stark und sozial gerecht. Die Richtung stimmt.

Mein Grund, SPD zu wählen:

Der bessere Mann muss Kanzler bleiben. Es wäre unvernünftig, ja widersinnig, einen erfolgreichen Bundeskanzler nicht wiederzuwählen. *E. Krüger*

WIR INFORMIEREN RICHTIG



**Informationsblatt der SPD-Gemeinderatsfraktion
und der SPD-Ortsvereine Regenstauf – Diesenbach – Steinsberg**

KRITISCH – DEMOKRATISCH

Jahrgang 2002

August

Nr. 33

Danke für Ihr Vertrauen



V. l. n. r.: 3. Bürgermeister Böhringer Siegfried, Fraktionssprecher Kreistag Weitzer Josef, Mayer Christina, Wiegand Fred, Krüger Eberhard, Ganslmeier Josef, Waldhäusl Franz, Fraktionsvorsitzender Marktrat Dechant Hans, nicht im Bild: Graf Johann

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Markt- gemeinde Regenstauf.

Das gute Ergebnis unseres Bürgermeisterkandidaten Siegfried Böhringer und der Liste der SPD-Fraktion bei der Kommunalwahl im März zeigte, dass die Bürger von Regenstauf viel Vertrauen in uns setzen. Für dieses Vertrauen möchten sich alle Kandidatinnen und Kandidaten sehr herzlich bedanken. Wir konnten 52 883 Stimmen für die SPD Fraktion erreichen, das sind 7,29% weniger als bei der Wahl 1996. Der Grund hierfür ist die veränderte politische Lage in Regenstauf, es sind neue politische Gruppierungen bei der Wahl mitangetreten. Die CSU verlor 8,64% der Stimmen. Obwohl die CSU mehr Stimmen verlor, musste die SPD Fraktion zwei Markratsitze abgeben, da wir in

der letzten Wahlperiode Listenverbindungen mit anderen Gruppierungen hatten. Diese Verbindungen konnten diesmal nicht eingegangen werden. Auch der Landratskandidat Sepp Weitzer konnte in Regenstauf ein gutes Ergebnis erzielen und möchte sich hiermit ebenfalls sehr herzlich bedanken. Die SPD-Kandidaten für den Kreistag konnten die Stimmen so erheblich steigern, das 2 zusätzliche Kreistagsmandate errungen werden konnten. Es sind nun 5 Kreisräte von der Regenstauer SPD im Kreistag Regensburg vertreten.

Nun zur Bundestagswahl: In den ersten 4 Jahren der Schröder Regierung wurden viele Gesetze und Regelungen auf den Weg gebracht, die die soziale Schiefelage in Deutschland wieder etwas korrigierten. – Die Kindergeld- und Steuerreform bringt den Bürgern in Regenstauf bis 2005 folgende Änderungen:

ca. 1,1 Mio € Kindergeld
ca. 2,5 Mio € Lohn/Einkommensteuer
ca. 3,1 Mio € Gewerbesteuer

- Mit der Rentenreform (Riester-Rente) wird eine wichtige Versorgungslücke im Alter wieder geschlossen.
- Durch den Beitrag der Ökosteuer an die Rentenkasse wurden versicherungsfremde Leistungen (z. B. Fremdretenbezug) auf alle Schultern der Gesellschaft verlagert. Das heißt, es finanzieren nicht mehr nur Arbeiter und Angestellte mit ihren Beiträgen diese versicherungsfremden Leistungen aus der Rentenkasse.
Der Beitrag zur Rentenkasse konnte so für Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf 19,1% gesenkt werden. Zur Finanzierung der versicherungsfremden Leistungen wäre ein Beitrag von über 27% erforderlich.
- Durch das Programm Jump zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit sind ca. 400 000 Jugendliche in Arbeit und Ausbildung

- Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wurde wieder auf 100% erhöht.
- Das Schlechtwettergeld am Bau wurde wieder eingeführt.

Das sind nur einige Beispiele, die wieder zu Arbeit und sozialer Gerechtigkeit in Deutschland führen. Die soziale Schieflage, die durch 16 Jahre Regierung Kohl herbeigeführt wurde, **muss weiter korrigiert werden**. Im Schattenkabinett von CSU/CDU sind einige Herren, die diese soziale Schieflage mitzuverantworten haben. Es scheint nur alter Wein in neuen Schläuchen zu sein, was die CDU/CSU in ihren nichtbezahlbaren Wahlkampfthemen verspricht.

Deshalb: „Damit Gerhard Schröder Bundeskanzler bleibt, gehen Sie am 22. September 2002 zur Wahl und geben Sie beide Stimmen der SPD.“

*Für die SPD Fraktion
Hans Dechant, Fraktionsvorsitzender*

Geballte Inkompetenz

Als Helmut Kohl Bundeskanzler wurde, war ich 32 Jahre alt. Er und seine politischen Freunde aus CDU/CSU und FDP hatten sechzehn lange Jahre Zeit für ihre „geistig-moralische Wende“ in Deutschland. Ebenso wie viele andere hatte ich sechzehn Jahre lang Zeit, die Ergebnisse dieser Politik zu erfahren:

- Jahr für Jahr wuchs die Arbeitslosigkeit – in Spitzenzeiten auf 4,8 Millionen. Was noch schlimmer war: Generation auf Generation von Jugendlichen saß das Schreckensgespenst der Jugendarbeitslosigkeit im Nacken. 500 000 junge Menschen unter 25 Jahren fanden am Ende der Ära Kohl keine Ausbildung oder Arbeit. Nur kurz vor Wahlen gab's für wenige Wochen ein paar Tausend ABM-Stellen mehr für den Wahlbetrug in Ostdeutschland.
- Jahr für Jahr stieg die Verschuldung unseres Landes. Am Ende der Regierungszeit von Konservativen und Liberalen waren es 1,1 Billionen Euro Staatsverschuldung.
- Jahr für Jahr stiegen die Sozialabgaben und ruinierten Kaufkraft und Mittelstand.
- Jahr für Jahr nahm der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ab, Vereinzelung und Vereinsamung

zu. Wachsende Kinderarmut und fehlende Perspektiven für junge Familien waren die eine Seite der Medaille – die andere bestand aus wachsender Kriminalität und Gewaltbereitschaft.

Heute wollen ausgerechnet jene, die für all das – und mehr! – verantwortlich zeichnen, Deutschlands Zukunft gestalten? Es ist eigentlich unfassbar, dass sich ausgerechnet die Täter von gestern mit den Plänen von vorgestern nun als die Retter von morgen aufspielen wollen. Das „Kompetenzteam“ von CDU, CSU und FDP ist im Kern identisch mit dem „Inkompetenzteam“ von gestern.

Es sind die gleichen Personen, die 16 Jahre lang Deutschland geistig, moralisch, wirtschaftlich und sozial zum Ruhestand gebracht haben: Rüge, Schäuble, Merkel, Seehofer, Westerwelle. Als Bewährungshelfer dieser Kohladepten dient ausgerechnet Edmund Stoiber, der nicht erst bei Leo Kirch mittenlang war: Als Chef der bayerischen Staatskanzlei schon unter Franz-Josef Strauß hat er jede politische Trickerei mitgemacht und wohl auch von jeder Schweinerei gewusst. Kaum jemals haben in Deutschland so viele Böcke versucht, sich als Gärtner zu verkleiden.

Fred Wiegand

Mein Grund, SPD zu wählen:

Die Erfolge der Friedenspolitik von Joschka Fischer und Gerhard Schröder dürfen nicht aufs Spiel gesetzt werden.

R. Wolf

Kaufkraft seit 1998 wieder gestiegen

Die Kaufkraft der Deutschen ist nach Angaben des Bundesfinanzministeriums seit 1998 wieder gestiegen. Während die Realeinkommen der Arbeitnehmer von 1994 bis 1998 um durchschnittlich 1,5 Prozent jährlich zurückgegangen seien, hätten sie ab 1998 um etwa 1,2 Prozent zugelegt. Die Arbeitnehmer hätten so 2001 im Schnitt je Beschäftigten einen Kaufkraftgewinn von 534 Euro im Vergleich zu 1998.

Hauptursache ist die Steuerreform. Besonders habe sich die Ausweitung des Grundfreibetrages sowie die Senkung des Eingangssteuersatzes bemerkbar gemacht. Familien haben zudem von der Erhöhung des Kindergeldes profitiert.

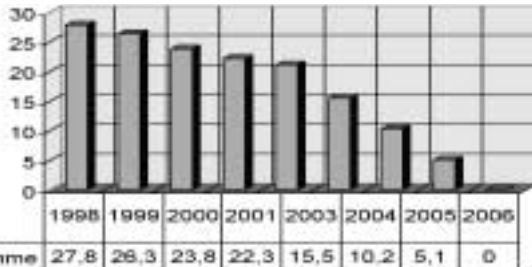
Unter Realeinkommen wird das verfügbare Einkommen nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben sowie der Inflationsrate verstanden. *Hans Dechant*

Weniger Schulden – Mehr Investitionen und den Bürger entlasten mit einer soliden Politik

Stoibers so genannte Reformen können nur durch neue Schulden oder Steuern bezahlt werden!

Wir bleiben dabei:

Bis zum Jahr 2006 werden wir die Neuverschuldung auf Null zurückfahren. Denn wer heute Schulden macht, nimmt seinen Kindern die Handlungsfreiheit.



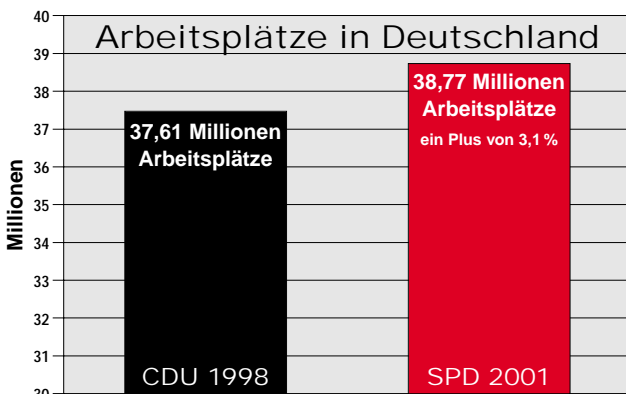
Wir investieren in Zukunftsfelder.

- Verkehrsinvestitionen steigen 2003 auf 12 Milliarden Euro, 26,4 % mehr als 1998.
- Forschung und Bildung steigen 2003 auf 9,3 Milliarden Euro, 28,5 % mehr als 1998.
- Bis 2007 werden 4 Milliarden Euro für die Einrichtung von Ganztagschulen ausgegeben.
- Eine weitere Entlastung für Familien mit kleinen und mittleren Einkommen bringt die nächste Stufe der Steuerreform am 1. Januar 2003. Der Eingangsteuersatz sinkt von 19,9 % auf 17 %. Bei Waigel lag er 1998 noch bei 25,9 %. Wir brauchen keine Versprechungen wie Stoiber zu machen. Diese Maßnahmen sind bereits beschlossen.

Fred Wiegand

Steuerentlastung 2003 gegenüber 2002				
Sozialversicherungspflichtiger Arbeitnehmer, Steuerklasse III/2 (verheiratet, 2 Kinder)				
Jahreseinkommen in Euro	Steuerbelastung in Euro		Entlastung gegenüber 2002 in Euro	Entlastung in %
	2002	2003		
20.000	92	4	88	95,6
30.000	2.172	1.838	334	15,4
40.000	5.038	4.698	340	6,7
60.000	11.512	11.161	351	3,0
80.000	19.068	18.709	359	1,9
100.000	27.770	27.432	338	1,2

Wir halten, was wir versprechen. Die anderen versprechen viel, ohne es halten zu können.

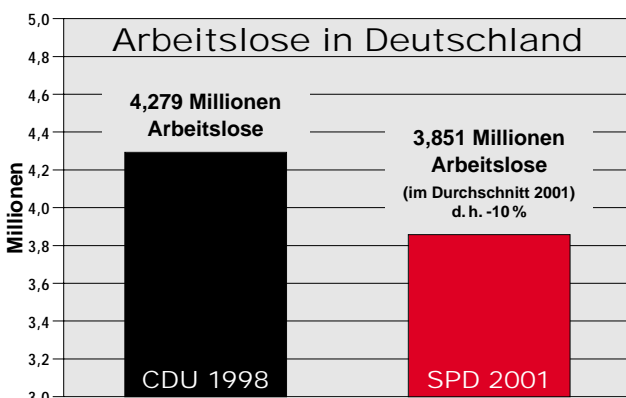


Mein Grund, SPD zu wählen:

Gerhard Schröder ist der Mann, der auch in schwierigen Situationen einen kühlen Kopf bewahrt, schnell entscheidet und zupackt. *W. Pisch*

Mein Grund, SPD zu wählen:

Von Freiheit verstehen wir mehr: Freiheit für alle Bürger. *W. Pistauer*



Tariftreuegesetz

Mit dem Tariftreuegesetz, das die rot/grüne Bundesregierung zum Schutz der Arbeitnehmer vorgelegt hat, soll dem zunehmenden Lohndumping, nicht nur im Bau- und Verkehrsgewerbe, sondern auch in vielen Handwerksbereichen, Einhalt geboten werden. Die Regelung des Gesetzes sieht vor, dass bei allen öffentlichen Aufträgen die am Ort üblichen Tarifentgelte bezahlt werden müssen.

Dumpingkonkurrenz von Billiganbietern aus benachbarten Ländern muss verhindert und einheimische Arbeitsplätze müssen gesichert werden. Zum Schutz der Beschäftigten und für den Abbau der Arbeitslosigkeit wird ein Tariftreuegesetz dringend gebraucht.

Nicht zu verstehen ist die Ablehnung dieses Tariftreuegesetzes auf Bundesebene durch die CDU/CSU-geführten Länder, wo doch gerade in Bayern Stoiber dieses Gesetz auf Landesebene bereits eingeführt hat.

Die Bayerische Staatsregierung hat sich im Beschäftigungspakt Bayern mit dem DGB dazu verpflichtet, im Bundesrat für ein Tariftreuegesetz einzutreten.

Die CSU verhält sich im Bund wie ein Chamäleon und spricht mit gespaltener Zunge.

Hier fällt der Schutz der Arbeitsplätze wohl dem Wahlkampf der CDU/CSU zum Opfer.

Hans Dechant

SPD pro Zuwanderungsgesetz

„Verfassungsklage von CDU/CSU gegen Gesetz“

Der Bundespräsident hat das Zuwanderungsgesetz unterschrieben. Warum brauchen wir überhaupt eine Zuwanderung von Arbeitskräften angesichts von rund vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland? Nehmen zuwandernde Arbeitskräfte deutschen Arbeitnehmern die Jobs weg? Warum können offene Stellen nicht mit arbeitslosen Arbeitnehmern statt mit Zuwanderern besetzt werden? Das sind die Schlagworte, die wir in unserem Bekanntenkreis und in der Bevölkerung vernennen.

Die Beantwortung der Frage leitet sich aus der Arbeitslosenstruktur ab. Rund 40% der arbeitslos gemeldeten Personen verfügen über keine abgeschlossene Berufsausbildung. Hinzu kommen Langzeitarbeitslose mit beruflichen Bildungsabschlüssen, deren Qualifikation während der Arbeitslosigkeit abgenommen hat. Von Arbeitslosigkeit sind also vor allem gering qualifizierte Arbeitskräfte betroffen. Von den Unternehmen gesucht werden hingegen überwiegend höher qualifizierte Arbeitskräfte!

Dies untersuchte Wolfgang Wiegard, Wirtschaftsweiser und Berater der Bundesregierung. Hier beginnt

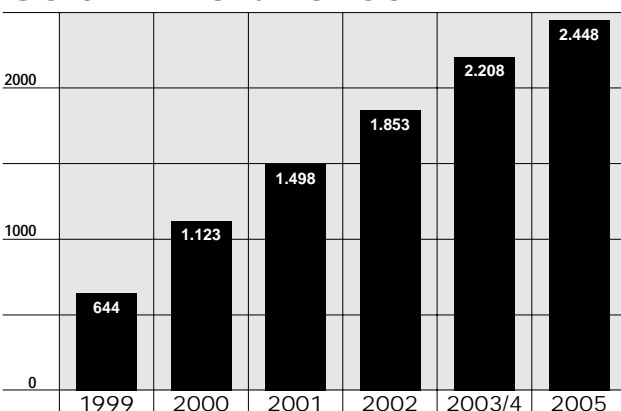
das Zuwanderungsgesetz der **SPD! Eine gesteuerte und begrenzte Zuwanderung von ausländischen qualifizierten Arbeitskräften stellt ein flexibles Instrument dar, um Knappheiten auf bestimmten Segmenten des Arbeitsmarktes zu überbrücken.**

Genau dies wird durch das Zuwanderungsgesetz sichergestellt. Inländischen Arbeitnehmern wird dadurch kein einziger Arbeitsplatz weggenommen. Integration wird als gesetzliche Aufgabe festgeschrieben. Zuwanderer müssen Deutsch lernen und Kurse über unser Rechts- und Gesellschaftssystem besuchen. Wir schützen politisch Verfolgte. Die Asylverfahren werden beschleunigt, Asylmissbrauch wird verhindert und die Ausreisepflicht durchgesetzt!

Sind noch irgendwo Fragen offen, werden die SPD-Mitglieder der OV immer Rede und Antwort stehen.

Der CDU/CSU-Bundeskanzlerkandidat bereist im Moment ein Land nach dem anderen, zwecks besserer Wirtschafts- und Partnerschaftsbeziehungen, es wird gegen das Zuwanderungsgesetz geklagt, man weiß wohl bei der CDU/CSU nicht, dass auch wir in anderen Ländern **Ausländer** sind. *Christian Engl*

Familien haben mehr Geld im Portmonee



Entlastung eines Durchschnittsverdieners gegenüber 1998 (30 678 Euro Jahresbruttolohn, verheiratet, 2 Kinder)
Berücksichtigt: Lohnsteuer, Kindergeld, Soli

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Mein Grund, SPD zu wählen:

Sozialdemokraten haben ein klares Programm für die nächsten vier Jahre. *Ch. Mayer*

Mein Grund, SPD zu wählen:

Die SPD ist das soziale Gewissen der Nation. *M. Klemmt*

Mein Grund, SPD zu wählen:

Sozialdemokraten sagen ehrlich auch Unbequemes. Auch vor der Wahl. *I. Hermann*

Mein Grund, SPD zu wählen:

Das unbezahlbare Programm des Herrn Stoiber. *J. Adlhoch*